

## Beschluss des Akkreditierungsrates

Antrag: 02. Programmakkreditierung - Begutachtung im Bündel  
Studiengang: Digitale Systeme, M.Sc.  
Hochschule: Westfälische Hochschule Gelsenkirchen, Bocholt,  
Recklinghausen  
Standort: Gelsenkirchen  
Datum: 13.03.2026  
Akkreditierungsfrist: 01.10.2025 - 30.09.2033

### 1. Entscheidung

Der oben genannte Studiengang wird mit Auflagen akkreditiert.

Der Akkreditierungsrat stellt auf Grundlage des Prüfberichts der Agentur (Ziffer 1 des Akkreditierungsberichts) sowie der Antragsunterlagen der Hochschule fest, dass die formalen Kriterien nicht erfüllt sind.

Der Akkreditierungsrat stellt auf Grundlage des Gutachtens des Gutachtergremiums (Ziffer 2 des Akkreditierungsberichts) sowie der Antragsunterlagen der Hochschule fest, dass die fachlich-inhaltlichen Kriterien nicht erfüllt sind.

### 2. Auflagen

**Auflage 1:** Die Hochschule muss die landesgesetzlichen Vorgaben zur Anerkennung von Prüfungsleistungen, die in anderen Studiengängen der eigenen oder einer anderen Hochschule erbracht wurden, sowie zur Anerkennung von auf andere Weise als ein Studium erbrachten Leistungen in geeigneter Form durch eigene Regelungen in einer Hochschulprüfungsordnung umsetzen. (§ 3 Abs. 4 StudakVO i.V.m. § 63a LHG NRW, § 12 Abs. 5 Ziffer 1 StudAkkVO)

### 3. Begründung

Die im Akkreditierungsbericht enthaltene Bewertung des Studiengangs auf Grundlage der formalen und fachlich-inhaltlichen Kriterien ist überwiegend nachvollziehbar, vollständig und gut begründet. Die aus der Bewertung resultierenden Entscheidungsvorschläge der Agentur und des Gutachtergremiums sind im Großen und Ganzen gleichfalls plausibel.

#### Auflagen

Auflage 1 - Anerkennung von Studienleistungen und von außerhochschulischen Kompetenzen (§ 3 Abs. 4 StudakVO i.V.m. §§ 63a, 64 Abs. 2 Nr. 6 LHG NRW, § 12 Abs. 5 Ziffer 1 StudAkkVO)

Die Akkreditierungsagentur stellt im Prüfbericht auf Seite 38 fest, dass in der Rahmenprüfungsordnung für Bachelor- und der Rahmenprüfungsordnung für Masterstudiengänge jeweils in § 8 geregelt sei, dass der Vorsitzende des Prüfungsausschusses über Anträge auf Anerkennung von Studienleistungen und Studienabschlüssen entscheide. Dies gelte, so der Prüfbericht weiter, nach Auffassung der Hochschule auch für die Anerkennung von außerhochschulischen Kompetenzen. Der Prüfbericht führt weiter aus, dass das Justizariat die Rechtsauffassung vertrete, „dass diese Regelungen ausreichen, um das Kriterium gemäß Art. 2 Abs. 2 StAkkrStV zu erfüllen, da die oben genannten Vorgaben der Landesgesetzgebung, an denen die Anerkennung auszurichten ist (Anerkennung als Regelfall, Begrenzung auf den ‚wesentlichen Unterschied‘ als einzigen Versagungsgrund, Beweislastumkehr), gegenüber der Prüfungsordnung Vorrang haben. Vor diesem Hintergrund sollen in der Prüfungsordnung nur Sachverhalte festgeschrieben werden, die gesetzlich noch nicht geregelt sind.“ Der Prüfbericht problematisiert diese Regelung nicht, sondern bewertet das Kriterium ohne Auflagen als erfüllt.

Der Akkreditierungsrat stellt in eigener Prüfung fest, dass § 8 der Rahmenprüfungsordnungen darüber hinaus jeweils festlegt, dass der Prüfungsausschussvorsitzende vor der Entscheidung die Verantwortlichen der Module, die durch Anerkennung ersetzt werden sollen, über die Wesentlichkeit von Unterschieden anzuhören und die Entscheidung schriftlich zu begründen hat, sich aber ansonsten auf den im Prüfbericht dargestellten Regelungsgehalt beschränkt.

Der Akkreditierungsrat bewertet den Sachverhalt wie folgt:

Es ist zwar unstrittig, dass die Vorgaben der Landesgesetzgebung gegenüber der Prüfungsordnung Vorrang haben. Gleichwohl fordert § 3 Abs. 4 StudAkkVO, dass Hochschulen die nationalen und landesgesetzlichen Regelungen zur Anerkennung von Kompetenzen die an einer Hochschule erbracht wurden, sowie zur Anrechnung von Kompetenzen und Qualifikationen, die außerhalb von Hochschulen erworben wurden, umsetzen. Die Begründung der MRVO zu diesem Absatz, die auch für die StudAkkVO heranzuziehen ist, stellt weiterhin klar, dass die von der Hochschule getroffenen Regelungen zur Anerkennung und Anrechnung vor diesem Hintergrund als formales Kriterium im Rahmen des Akkreditierungsverfahrens überprüft werden müssen. Es ist somit erforderlich, dass Hochschulen eigene Regelungen erlassen, die die diesbezüglichen Vorgaben des Landeshochschulrechts verbindlich umsetzen; die Regelung von Sachverhalten, die in diesem Zusammenhang durch das Landesgesetz nicht erfasst werden, ist zur Erfüllung des Kriteriums hingegen allein nicht ausreichend. § 64 Abs. 2 Nr. 6 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (im folgenden LHG NRW) fordert zudem explizit, dass Hochschulprüfungsordnungen unter anderem „die Grundsätze der Bewertung einzelner Prüfungsleistungen einschließlich der Höchstfristen für die Mitteilung der Bewertung von Prüfungen und die Anerkennung von in anderen Studiengängen oder an anderen Hochschulen erbrachten Leistungen“ regeln.

Die von der Westfälischen Hochschule vertretene Auffassung, dass sich § 8 der Rahmenprüfungsordnungen im derzeitigen Wortlaut auch auf die Anerkennung von außerhalb des Hochschulbereichs erworbener Kenntnisse und Qualifikationen, bezieht, teilt der Akkreditierungsrat ebenfalls nicht. Zunächst thematisiert § 8 jeweils explizit und ausschließlich die „Anerkennung von Studienleistungen und Studienabschlüssen“ und nicht wie der maßgebliche § 63a Abs. 7 LHG NRW die Anerkennung von „auf andere Weise als durch ein Studium erworbene[r] Kenntnisse und Qualifikationen“. Sodann stellt § 8 in diesem Zusammenhang jeweils explizit und ausschließlich auf die „Wesentlichkeit von Unterschieden“ ab, während § 63a Abs. 7 LHG NRW für die Anerkennung von

außerhalb des Hochschulbereichs erworbener Kenntnisse und Qualifikationen eine Gleichwertigkeitsprüfung vorsieht. § 63a Abs. 7 LHG NRW sieht auch für die Anerkennung von auf andere Weise als durch ein Studium erworbener Leistungen vor, dass die Hochschulen „das Nähere“ und hier „insbesondere ob und unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang diese Kenntnisse und Qualifikationen anerkannt werden können“ in der Prüfungsordnung zu regeln haben.

Dass § 8 der Rahmenprüfungsordnungen die landesgesetzlichen Regelungen zur Anerkennung von Kompetenzen die an einer Hochschule erbracht wurden, sowie zur Anrechnung von Kompetenzen und Qualifikationen, die außerhalb von Hochschulen erworben wurden, adäquat umsetzt, kann somit nicht bestätigt werden. Dies ist zum einen unter formalen Gesichtspunkten auf Basis der Vorgaben gemäß § 3 Abs. 4 StudAkkVO zu beanstanden und zu beauftragen, zumal das LHG NRW selbst Hochschulen dazu verpflichtet, diesbezügliche Regelungen in der Prüfungsordnung zu treffen. Daraus folgt nicht, dass der in diesem Fall maßgebliche § 63a LHG NRW in der Rahmenprüfungsordnung oder einem anderen Ordnungsmittel zwingend ganz oder teilweise im Wortlaut wiedergegeben werden muss; mindestens ist jedoch durch die Westfälische Hochschule festzulegen, dass die Anerkennung ansonsten den Vorgaben von § 63a LHG NRW folgt.

Darüber hinaus sieht der Akkreditierungsrat in der derzeitigen Praxis einen Verstoß gegen § 12 Abs. 5 Ziffer 1 StudAkkVO, wonach die Studierbarkeit unter anderem durch einen „planbaren und verlässlichen Studienbetrieb“ zu gewährleisten ist. „Planbarer und verlässlicher Studienbetrieb“ umfasst nach der Begründung der MRVO zu diesem Paragraphen, die auch für die StudakVO heranzuziehen ist, „insbesondere die rechtzeitige und umfassende Information der Studierenden über alle den Studiengang betreffenden organisatorischen Aspekte und die transparente und verlässliche Planung und Lehrveranstaltungen und Prüfungen“. Wenn in den hochschulischen Ordnungsmitteln weder Informationen zu den maßgeblichen Regelungen der Anerkennung hochschulischen und außerhalb des Hochschulbereichs erworbener Kompetenzen verankert sind noch ersatzweise auf den maßgeblichen Paragraphen des LHG NRW verweisen, kommt die Hochschule ihrer Informationspflicht für diesen Aspekt des Studiums nicht nach.

Die Hochschule hat auf eine Stellungnahme gemäß § 22 Abs. 3 der Musterrechtsverordnung bzw. der entsprechenden Regelung in der anwendbaren Landesverordnung verzichtet. Damit ist die Akkreditierungsentscheidung wirksam geworden.

